

30 Organisationen fordern die Landesregierung NRW zur Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheitsversorgung auf

30 in NRW und bundesweit agierende Organisationen fordern die Landesregierung NRW in einem offenen Brief zur Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheitsversorgung auf. Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören u.a. die NRW-Landesverbände von pro familia, donum vitae, DGB, ver.di, Der Paritätische, SoVD, AWO, Grüne Jugend und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen.

Am 14.09.2022 übergeben Vertreter*innen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Münster und pro familia NRW den offenen Brief stellvertretend an İlayda Bostancı, die Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Queerpolitik der NRW-Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bündnissprecherin Eva Kubitz dazu: „Die Gesundheitsversorgung beim Schwangerschaftsabbruch und rund um die Geburt ist in NRW schon seit langem unzureichend. Die Landesregierung muss hier endlich tätig werden. Wir brauchen konkrete und langfristig wirksame Maßnahmen.“

Hintergrund

Inhalt des Briefs sind acht Forderungen, mit denen die reproduktive und sexuelle Gesundheitsversorgung in NRW verbessert werden soll. Dazu zählen Maßnahmen wie die wohnortnahe Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen, die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Aus- und Weiterbildung von Gynäkolog*innen sowie Schutzzonen vor Beratungsstellen, ärztlichen Praxen und Kliniken, um Frauen zu schützen, die eine Schwangerschaft abbrechen lassen wollen. Zum Forderungskatalog gehören auch eine Verbesserung der klinischen und außerklinischen Hebammenversorgung, die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Beratung in allen Bereichen der reproduktiven und sexuellen Rechte sowie der Einsatz des Landes für sexuelle und reproduktive Rechte auf Bundesebene.

Bündnissprecherin Eva Kubitz erläutert: „Hintergrund für den offenen Brief sind eine Reihe eklatanter Missstände bei der reproduktiven und sexuellen Gesundheitsversorgung. In vielen Regionen in NRW müssen ungewollt Schwangere für einen Schwangerschaftsabbruch über hundert Kilometer fahren. Finanziell und psychisch stellt das eine große Belastung dar. Ein Grund für die Schieflage ist, dass der Schwangerschaftsabbruch kein fester Bestandteil der Facharztausbildung ist. Das Land muss hier unbedingt tätig werden. Hinzu kommt, dass radikale Abtreibungsgegner*innen Ärzt*innen und Patient*innen einschüchtern und das gesellschaftliche Klima vergiften. Schutzzonen um sensible Einrichtungen sind notwendig, damit Betroffene ihre Rechte ungehindert wahrnehmen können.“

Des Weiteren haben Gebärende seit Jahren Probleme, Hebammen für die Geburt und die Vor- und Nachsorge zu finden. „Hier stehen dem Land Steuerungsinstrumente wie der Krankenhausplan zur Verfügung, um ein gutes Netzwerk geburtshilflicher Einrichtungen zu gewährleisten“, so Eva Kubitz.

„Reproduktive und sexuelle Rechte beschreiben das Recht jeder Person, selbstbestimmt und frei über den eigenen Körper und die eigene Sexualität zu entscheiden. Internationale Menschenrechtsorganisationen fordern Deutschland seit Jahren auf, in diesem Bereich nachzubessern. Die Maßnahmen aus dem offenen Brief wären hierzu ein wichtiger Schritt.“

Pressekontakt

Eva Kubitz

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster

eintretenfuerselbstbestimmung@gmail.com | 0176-64623179

Website: <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/vor-ort/muenster/>

Facebook: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster

(<https://www.facebook.com/EintretenFuerSelbstbestimmungMuenster/>)

Instagram: prochoice_MS

Twitter: prochoice_MS